

Werden Flüchtlinge im Saarland verhört?

Werden Flüchtlinge im Saarland systematisch von Geheimdiensten befragt? Dieser Frage versucht der saarländische Flüchtlingsrat seit Monaten auf den Grund zu gehen. Auch Piraten und Linke im Landtag fordern von der Landesregierung Aufklärung. Doch das Innenministerium hält sich bedeckt.

(Feb 25- 2014) Flüchtlinge im Saarland können aus konkretem Anlass vom saarländischen Verfassungsschutz befragt werden. Das bestätigte das saarländische Innenministerium auf Anfrage. „Im Einzelfall werden Befragungen im Rahmen des gesetzlichen Beobachtungsauftrages durchgeführt“, heißt es in einer schriftlichen Mitteilung. Ergebnisse solcher Befragungen seien aber „nicht an ausländische Nachrichtendienste weitergegeben“ worden.

Zu weiteren Details - etwa den Umfang und die Zahl der befragten Flüchtlinge - gibt das Innenministerium bislang keine Auskunft. Es verweist auf die „besondere Schutzbedürftigkeit“ des Verfassungsschutzes.

Politik & Wirtschaft

Flüchtlingsrat, Linke und Piraten fordern Aufklärung

Der saarländische Flüchtlingsrat und die Fraktionen von Piraten und Linken kritisieren die Befragung von Flüchtlingen seit langem und fordern genauere Auskunft. Nach Angaben des Flüchtlingsrates soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in die Befragungen involviert sein. Der Rat forderte vom saarländischen Innenministerium Aufklärung, doch das Ministerium erklärte in einem Schreiben, dass es darüber keine Informationen habe.

Peter Nobert vom Flüchtlingsrat hält das für „skandalös“. Entweder wisse die Landesregierung tatsächlich nichts oder sie verstecke sich hinter der beschränkten Auskunftspflicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Beides sei bei diesem brisanten Thema vollkommen unangemessen.

Piraten: Ausnutzung der Situation

Auch die Landtagsfraktion der Piraten kritisiert die Befragung von Flüchtlingen. „Wer als Gegenleistung für die Anerkennung eines Asyl-Verfahrens unter Druck Informationen von Flüchtlingen erfragt, nutzt auf skandalöse Weise die Situation dieser Menschen aus“, so der Fraktionsvorsitzende, Michael Hilberer.

Die Linken-Abgeordnete Birgit Huonker hatte bereits vor Monaten kritisiert, dass man nicht wisse, was mit den Ergebnissen der Befragungen durch den Verfassungsschutz passiere. „Ich fordere die Landesregierung auf, offen zu legen, was sie mit den Befragungen der hier Ruhe und Schutz suchenden Menschen bezweckt. Es stellt sich außerdem die Frage, wie der Verfassungsschutz an die Daten der Asylsuchenden gelangt.“

Hintergrund: Flüchtlingsinformationen im Krieg gegen den Terror

Im November hatte die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, dass US-Geheimdienste beim Einsatz von Kampf-Drohnen auch auf Informationen zurückgreifen würden, die von Asylbewerbern in Deutschland stammten. Eine geheime „Hauptstelle für Befragungswesen“ würde Flüchtlinge gezielt befragen. Wer kooperiere, erhalte schneller Asyl.

(red)